

Herausforderungen einer sich verändernden Suchthilfe*

In welcher Welt leben wir?

Wir erleben es alle: Nicht nur die Suchthilfe verändert sich, muss sich verändern, sondern unsere Gesellschaft insgesamt hat sich verändert. Die Stichworte kennen Sie alle, und Sie alle haben es hautnah miterlebt: Corona-Pandemie mit all ihren Konsequenzen, Inflation und Ukraine-Krieg.

Vor wenigen Tagen durfte ich an einem Gespräch mit dem Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer teilnehmen. Dabei ging es in erster Linie um Rechtsextremismus und – das ist seine Wortschöpfung – gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. (Nur als Zwischenbemerkung: Die Konsequenzen betreffen auch die von uns Betreuten: Drogenabhängige, Süchtige, die im Straßenbild auftauchen und stören.) Besonders interessant im Zusammenhang mit dem mir gestellten Thema war seine Aussage, dass es noch keine Krise gegeben habe, nach der alles so war wie vorher. Heitmeyer meint, dass es in der Bevölkerung zu einem „Kontrollverlust“ kommen könnte. Wir fühlen uns als Spielbälle, haben die Kontrolle über unser Leben verloren. Und „Kontrollverlust“ ist uns ja in der Arbeit mit suchtkranken Menschen ständig präsent. Vor diesem Hintergrund verstehe ich zwei Dinge:

Einmal die Angst der Menschen, dass sie bei den erlebten Veränderungen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen auf der Verliererseite sein werden. Und damit verbunden sind Verteilungskämpfe, die in einer für unser Land lange nicht so in Erscheinung getretenen Auseinandersetzung mündeten. Ich hatte das Gefühl, dass die aktuellen Tarifkämpfe geprägt waren von einer Härte, die wir lange nicht mehr erlebt hatten. Ebenso verhält es sich mit allen Verbänden und Interessengruppen. Sie melden sich alle kraftvoll zu Wort, um dafür zu sorgen, dass sie nicht zu den Verlierern gehören werden, dass sie ihren Status halten.

Und „Krise“ bezogen auf unsere Klientel: Es geht nicht darum, dass es nach der (Sucht-)Behandlung wieder ist wie früher. Nein, hier soll Entwicklung stattfinden, hier muss sich das Leben verändern. Nach der Krise ist anders als vor der Krise.

Zurück zur gesellschaftlichen Situation: Jetzt kommt das, was wir alle erwartet haben: Egal, ob die schwarze Null gehalten wird oder nicht: Kürzungen auf allen Ebenen sind bereits Realität und scheinen unabweislich. Aber wen wird es treffen? Was kann man tun, damit die eigenen Interessen – und damit die Bedürfnisse der von uns betreuten Menschen – nicht unter die Räder kommen?

Strategien auf unterschiedlichen Ebenen

Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit

1. Besonders optimistische Menschen in der Sozialarbeit – und die brauchen wir als Mitarbeiter/-innen besonders dringend – sind der Meinung, dass sie eine gute Arbeit tun und es doch selbstverständlich sei, dass diese auskömmlich finanziert sein müsse. Das werden die Einrichtungsträger schon richten.
2. Mitarbeiter/-innen, die sich auch um die Finanzierung der Einrichtung bemühen müssen, machen Öffentlichkeitsarbeit im traditionellen Sinne, machen ihre

*Vortrag anlässlich der Fachtagung „Herausfordernde Zeiten! Zukunft der Suchthilfe in Hessen“ am 15. 9. 2023

Aufgaben und Dienste transparent, freuen sich über jeden Menschen, der neu kommt.

3. Trägervertreter/-innen suchen die besonderen Merkmale, argumentieren mit Tendenzen, welche die Finanzierungsgespräche überzeugender machen sollen.

Allen gemeinsam sollte sein, dass sie Netzwerkarbeit betreiben müssen. Genauso wie mit den Vertreter/-innen der benachbarten Hilfeangebote fachlich zusammengearbeitet wird, so darf hier der Kontakt mit der Kommunal- bzw. Landesverwaltung und den entsprechenden Politiker/-innen nicht abreißen. Fazit: Immer präsent sein, nicht nur dann, wenn man etwas möchte. Und nicht oben anfangen. Einmal die Sekretärin übersehen oder übergangen – das macht es nicht einfacher, in Zukunft Termine zu bekommen.

Und natürlich bedingen sich die Aktivitäten gegenseitig. Es ist schon lange her, dass ich SPD-Ratsmitglied in Bielefeld war und gleichzeitig auch Geschäftsführer des Paritätischen. Das macht Netzwerkarbeit leichter, aber man muss auch in der Politik „vorkommen“. Das ist mir häufig dadurch gelungen, dass notwendige Artikel am Tag der Ratssitzung in den beiden vor Ort erscheinenden Zeitungen publiziert wurden. Und man glaubt gar nicht, wie gerne in Sitzungen gelesen wird.

Dokumentation

1980 wurden aufgrund der wachsenden Drogenprobleme die ersten Modellvorhaben zur Beratung und Behandlung mit Bundesgeld auf den Weg gebracht. Nur als kleine Nebenbemerkung: Seitdem hat es kein Programm gegeben, an dem nicht auch Träger aus Hessen beteiligt waren.

Bereits zu dieser Zeit war klar, dass man nicht einfach Projekte unterstützen konnte, sondern auch überprüfen musste, wie sich die Situation dadurch veränderte. Das bedeutete, dass eine bundesweite Statistik aus der Taufe gehoben wurde. Bis heute weitergeführt, jetzt als Deutsche Suchthilfestatistik (DSHS). Wie auf kaum einem anderen Arbeitsfeld kann die Suchthilfe zeigen, mit wem sie arbeitet, was diese Arbeit bewirkt und wie sie sich verändert. Seit 20 Jahren ist es in Hessen die Regel, dass die geförderten Einrichtungen sich dieser Dokumentation bedienen.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir mit diesem Pfund nicht genug wuchern. Vielleicht, weil es ein allgemeines Misstrauen gegen Zahlen (und deren Erfassung) gibt. Natürlich kann es auch Probleme mit der Datenerfassung geben. Aber es sind immer wieder die gleichen bekannten Abweichungen und deshalb sind die Zahlen und Ergebnisse vergleichbar und für weitere Planungen verwendbar. Die Suchthilfe hat ihre Zahlen und muss die Deutungshoheit darüber behalten. Die Bild-Zeitung skandalisiert, wir wissen genau, worum es geht.

Koalitionsverträge

Ich musste immer wieder dazu lernen. Nach dem ersten großen Wahlerfolg der GRÜNEN traf ich in Berlin einen alten Bekannten, der mir mitteilte, dass er jetzt das Büro der Drogenbeauftragten (Christa Nickels) leiten werde. Obwohl offiziell noch kein einziges Regierungsamt vergeben war. Das lehrte mich, dass die Wahl einen Termin hat, aber dass auch schon vorher mit Kraft darauf zugearbeitet wird, nicht nur, um Stimmen zu gewinnen.

Neue, fast schon Vorgaben mit Gesetzeskraft, stehen heute im „Koalitionsvertrag“. Auch an diesen Inhalten wird schon recht früh und nach der Wahl recht schnell gearbeitet. Wenn dann das eigene Anliegen darinsteht, hat man alles richtig gemacht. Wenn nicht, ist es sehr schwer, dieses Thema im Laufe einer Legislaturperiode in die politischen Beratungen zu bringen. Hier schließt sich der Kreis zur Netzwerkarbeit, die ich weiter vorne bereits beschrieben habe. Es gibt kein „Die werden es schon richten“, sondern ich muss mich auf der mir jeweils möglichen Ebene einsetzen und dafür eintreten.

Was verändert sich aktuell in der Suchthilfe?

Unter der Überschrift „Zukunftsfähige Perspektiven für Suchtberatungsstellen“ hat der Drogenbeauftragte aus Hessen, Wolfgang Rosengarten, 2021 einen Artikel in der Zeitschrift „Konturen“ veröffentlicht. Um Suchtberatungsstellen geht es auch deshalb, weil sie das Rückgrat der Versorgung Suchtkranker sind. Hier kulminiert die Arbeit, hier wird sie besonders deutlich. Interessant ist, dass der erste Rahmenplan für die Arbeit von Suchtberatungsstellen aus dem Jahre 1979 stammt, der nächste – und bisher nicht fortgeschriebene – stammt aus dem Jahre 1992. Immer mit großer Zustimmung aller Suchthilfeverbände auf- und angenommen:

1. Offen sein für alle Menschen mit Suchtproblemen,
2. gute Erreichbarkeit,
3. qualifizierte Interventionen und
4. Weiterleitung in die stationäre Rehabilitation oder in die Selbsthilfe. Und natürlich auch
5. Prävention.

Allerdings wurde die Forderung nach einer festen Bezugsgröße zwischen der Zahl der Mitarbeiter/-innen auf der einen und der Einwohnerzahl auf der anderen Seite immer wieder abgelehnt. Die kommunalen Spitzenverbände haben immer wieder die Zahl von einer Fachkraft für 20.000 Einwohner/-innen in Frage gestellt und argumentiert, dass der notwendige Personalschlüssel auf der Basis der kommunalen Notwendigkeiten entwickelt werden müsse.

So geht es denn immer wieder ums Geld. Ich erzähle Ihnen nichts Neues, wenn ich Ihnen sage, dass die Länder in der Regel Zuschüsse für die Arbeit der Suchtberatungsstellen zahlen. Aber in den meisten Fällen ausgewiesen als „freiwillige Leistungen“, die jeweils neu verhandelt werden müssen und nicht automatisch z. B. den steigenden Tarifen folgen. Die Lücken sind vorprogrammiert. Und jede/r Geschäftsführer/-in muss jedes Mal neu mit allen Zuwendungsgebern verhandeln, sofern es ihm nicht gelungen ist, einen Vertrag mit der Kommune zu schließen, der an definierten Kriterien fortgeschrieben wird.

Die Suchtberatungsstellen als Schnittstellenmanager

Ein wichtiges Merkmal von Suchtberatungsstellen ist ihre Aufgabe als „Schnittstelle“ und als Seismograf für Entwicklungen. Wer sucht Hilfe? Wer ist auffällig? In der Nähe welcher Schule gibt es mehr Probleme als bei anderen? Wer sind die Menschen, die aktuell zur Entgiftungsbehandlung ins Krankenhaus eingewiesen werden? Der Polizeireporter der örtlichen Tageszeitung sollte regelmäßiger Besucher der Suchtberatung sein, um auch darüber zu berichten, was sich positiv verändert hat, wieviel

Menschen geholfen werden konnte. Nicht nur über Probleme, sondern auch über Erfolge der Arbeit.

Die Beratungsstelle muss sichtbar sein und, wie Wolfgang Rosengarten schreibt, sie muss zeigen, welche Nutzen, neben der individuellen Beratung, die Kommune aus dem Dasein und der Expertise einer Suchtberatungsstelle ziehen kann.

Aus den wenigen Zeilen wird schon deutlich, wo Schnittstellen liegen: Zur Jugendhilfe (auffällige Jugendliche, zum Beispiel im HaLt-Programm) und in der Beratung von Eltern; zur medizinischen Grundversorgung (Entgiftung, ärztliche Nachfragen), zur Polizei, zur Verwaltung.

Doch es geht ja nicht nur um Beratung, sondern es wird auch behandelt. Nachdem die Rentenversicherung sich dazu durchgerungen hat, ambulante Rehabilitation (ARS) zu finanzieren bzw. nach stationärer Therapie Gruppenbehandlungen abzurechnen. Dazu bieten sich die Suchtberatungsstellen an, und wir haben das als Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) auch immer unterstützt. Durch diese Maßnahme wurde die Beratungsstelle auch zur Behandlungsstelle. Einige Konsequenzen:

- Nicht die erhofften Zusatzeinnahmen, sondern neue Löcher in den Finanzen;
- Therapeutische Weiterbildung für Mitarbeiter/-innen erforderlich;
- Mitarbeit weiterer Berufsgruppen erforderlich;
- Arbeit in erster Linie nach Terminplan;
- Neue Mitarbeiter/-innen machen die wichtigste Arbeit (Interventionen);
- Selbsthilfe ist nicht mehr der geborene Partner.

Die Aufstellung ist nicht komplett, zeigt aber Veränderungen auf, die zu den Vorstellungen bzw. Anforderungen von Land, Kommune oder Kreis gestellt werden müssen.

Zuständigkeiten

Bei Mitarbeiter/-innen in einer Suchtberatungsstelle sitzen die Hilfesuchenden am Besprechungstisch und die Mitarbeiter/-innen versuchen alles, um zu helfen. Dabei stellen sie sehr häufig, zu häufig, fest, dass andere Dienste oder Ämter nicht adäquat mit den Begleitscheinungen einer Suchterkrankung umgehen (können). Da ist man versucht, einzuspringen. (Die Selbsthilfe hat ein Lotsennetzwerk aufgebaut, das aber auch nur in einigen Städten diese Defizite füllt.) Und dennoch erscheint es mir wichtig, Zuständigkeiten zu erkennen und zu beschreiben und damit umzugehen. (Die Verwaltung kann das: Bin ich zuständig?)

Dazu nur wenige Beispiele:

1. Im Bereich der Drogenarbeit ist das Fehlen von Ärztinnen und Ärzten immer wieder ein Problem. Stichworte dafür sind Substitution oder Behandlung mit Originalpräparaten. Gerade hier lese ich immer, dass sich die Beratungsstellen darum kümmern müssten, dass ihre Patientinnen versorgt werden. Ich frage mich dann, ob wir dafür nicht eine mit Patientenmitteln (denn damit gehen die Krankenkassen um) gut ausgestattete Kassenärztliche Vereinigung haben, die für sich die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung reklamiert.
2. Oder wenn die Beratungsstellen auch Behandlung durchführen – und das halte ich für richtig – können sie das nur, wenn die Rahmenbedingungen

stimmen, also auch die Stundensätze adäquat sind, die die Rentenversicherung dafür zu zahlen hat.

3. Oder das Drugchecking. Warum ist das eine Aufgabe von Sucht- oder Drogenberatungsstellen? Etwas übertrieben: Prüfen wir auch das Reinheitsgebot des Bieres? Oder macht das die Lebensmittelüberwachung – wenn sie es dann tut?

Schnittstellenmanager heißt nicht, auch Ausputzer zu sein.

Personal

Der Leiter einer großen Therapiekette in Norddeutschland musste eine seiner dringend benötigten Einrichtungen schließen. Eine lange Warteliste zeigte, dass der Bedarf an Rehabilitation nach wie vor groß ist. Aber: Brandschutzaufgaben waren nicht zu finanzieren und in dieser Gegend Deutschlands wollten nur wenige qualifizierte Mitarbeiter/-innen arbeiten.

Natürlich ist es so, dass ein Einrichtungsträger dafür verantwortlich ist, dass seine Einrichtung über das notwendige und qualifizierte Personal verfügt. Doch die zurückgehenden Zahlen von Schulabgängern sind das eine, Veränderungen in den Erwartungshaltungen von Bewerbern das andere.

Wir müssen nicht breit über die „Generation Y“ reden, uns als ältere Menschen womöglich darüber aufregen, nein, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Work-Life-Balance kein Schlagwort ist, sondern herausfordernde Bewerbungsgespräche, sowohl bei der Personalgewinnung als auch in der Personalbindung, erzwingt.

Einen guten Einblick in die Beziehungen der Generationen bringt die letzte Auseinandersetzung über die Jugendarbeit im DFB. Hans-Georg Watzke, der Geschäftsführer von Borussia Dortmund und einflussreiche Fußballfunktionär, nahm Stellung zum neuen Kinder- und Jugendkonzept des Verbandes. Er kritisierte, es gebe "im DFB und in der Gesamtgesellschaft viele Leute, die sagen: Wir müssen weniger Leistungsdruck und Stress am Arbeitsplatz und lieber ein bisschen mehr Home-Office haben. Wir müssen alle fröhlich und friedlich sein und uns alle gut vertragen und am Ende gucken, dass wir noch einen finden, der das Ganze bezahlt." (Quelle: ntv.de, tno/dpa)

Interessant, wenn man dazu die Kommentare liest, zum Beispiel in der FAZ von Christopher Meltzer. Das sind Welten in der Einschätzung dessen, was heute Leben, Lernen und Leisten bedeutet. Und wir müssen die neuen Spielregeln zumindest kennen.

Digitalisierung

Das hat Corona erreicht: Die Digitalisierung hat im Kontakt und in der Beratung Einzug gehalten. Die Selbsthilfegruppen hatten sehr früh Telefonschalten für ihre Gruppen, und wer mit einem Handy umgehen konnte, schaffte die Teilnahme. Nach und nach ging es mit Video-Konferenzen weiter und die Selbsthilfegruppen können über viele Gespräche im Stadtpark und bei ähnlichen Gelegenheiten in kleinen Gruppen in der freien Natur berichten.

Fast alle Beratungsstellen haben digitale Kontaktmöglichkeiten geschaffen und ausgebaut. Schon vor fünf Jahren berichtete die Landesfachstelle Glücksspielsucht in NRW, dass die Telefon-Notrufe kontinuierlich zugunsten von Mailkontakten zurück gingen.

Mit „Digi Sucht“ soll es jetzt den digitalen Befreiungsschlag in der Suchthilfe geben. Eine „Landing Page“ ist entwickelt worden, um möglichst direkt in den Dialog eintreten zu können. Es wäre schön, wenn dieses System erfolgreich würde, allerdings wird sich die Konkurrenz der einzelnen Anbieter von Hilfe auf diese technische Art und Weise nur in einem bestimmten Maße aufheben können.

Entscheidend ist jedoch, ob der erste Kontakt auch zu einer direkten Weiterleitung und zu einer weiteren Betreuung führt. Es gibt sicherlich noch Entwicklungsschritte und ich wünsche mir, dass dann auch die Angebote der Selbsthilfe integriert werden.

Neue Angebote

Ich habe lernen müssen, dass die Google-Suche nicht mehr das Nonplusultra ist. Junge Menschen suchen direkt auf Instagram oder TikTok. Die Mehrheit tut genau das, was sie heute bei allen auftretenden Problemen macht: Sie schaut, wie die Hilfe aussieht, wie sie sich helfen können, wer ihnen helfen könnte. Das bedeutet, entsprechende Podcasts zu hören oder You Tube-Videos zu sehen.

Hier haben sich, lange unterschwellig und kaum bemerkt, neue Angebote aufgetan. In der Regel ehemals Abhängige bzw. Angehörige haben sich zu Wort gemeldet und bieten ihre Hilfe an. Einige von ihnen als private Anbieter/-innen mit inzwischen außerordentlich hohen Klick-, Einschalt- oder Hörquoten und einer entsprechenden Finanzierung durch die Nutzer/-innen. Andere machen das für ihren Verband und wirken (fast) ehrenamtlich für die Information und das Wechseln in die entsprechenden Gruppen. Hier sei nur das Beispiel der Sober Guides und des Sober Radios der Guttempler erwähnt. Es ist nicht so leicht, hier eine Kontinuität zu schaffen. Fachleute haben häufig den längeren Atem, und auch hier ist Geld erforderlich.

Eine der ersten auf diesem Angebots-Sektor war Nathalie Stüben (oamn.jetzt). Kurz zusammengefasst: Eigene Abhängigkeit, Entschluss zum Ausstieg, das getan, was sie als Journalistin bei neuen Themen immer macht: Ins Netz gegangen und – vor allem in englischer Sprache – gehört und geschaut. Buch geschrieben, alle Fernsehsender besucht, Mann mit EDV-Erfahrung kennen gelernt, Facebook-Seite erstellt und Betreuung auf Facebook – jetzt mit Kostenbeitrag – angeboten. Regelmäßigen wöchentlichen Podcast mit interessanten Gästen produziert und dann Videos auf You Tube. Das erste davon hat inzwischen mehr als 1 Million Besucher/-innen. Und das neueste Angebot: Live-Gruppen. Das alles funktioniert, weil Natalie oder andere zunächst das Gefühl vermitteln „Du schaffst das“ und mit einer konsequenten Einstellung zur „Wiedergewinnung von Freiheit“ ohne Suchtmittel die Gefühle ihrer Follower/-innen ansprechen.

Nur noch eine Bemerkung dazu: Sie hat eine bisher nicht sehr beachtete Betroffengruppe erreicht: Junge, leistungsstarke Frauen mit dem Anspruch, dieses Leben so zu führen, wie es von ihnen erwartet wird: Beruf, Haushalt, Kinder und Repräsentation. Dabei überfordern sie sich und suchen das Heil im Glas Wein, welches später zur Flasche wird. Im Moment läuft eine Untersuchung der Reichweiten und Erfolge. Ich bin auf die Ergebnisse sehr gespannt, weil trotz meiner Bewunderung für Natalie Stüben meine Skepsis gegen private Angebote im Gesundheits- und Wohlfahrtsbereich immer noch besteht.

Wo sehen wir da einen Zusammenhang für die Suchthilfeangebote für Ort? Wenn ich von „Schnittstellenmanagement“ gesprochen habe, so können auch die Angebote im Internet ein Werkzeug sein: „Versuch es doch mal damit“. (Erneuter Hinweis auf DIGI-Sucht.) Im Moment kommen jede Menge Bücher Ehemaliger auf den Markt, die lesenswert sind und gekauft werden. Ich dachte, Fallada und Jack London hätten alles aufgeschrieben. Aber es gibt eine neue Welle. In den USA und England spricht man von „Sober Literature“ oder „Quit Lit“, von Büchern, die man auf dem Nachttisch liegen haben sollte, um beim Craving darin lesen zu können. Ich erinnere mich noch an die Zeiten, als bei Tagungen Literaturstände einfach dazu gehörten. Vielleicht erleben wir hier eine Renaissance und fangen schon mal mit der Lektüre der Bücher von Daniel Schreiber und Bernd Thränhardt, Natalie Stüben, Eva Biringer und anderen an.

Zusammenfassung

Wolfgang Rosengarten zieht in seinem Artikel das Fazit: „Um zukünftig weiterhin betroffenen Menschen die notwendigen Suchthilfeangebote bieten zu können, muss eine positive und zielgruppenspezifische Darstellung der eigenen Arbeit einen größeren Raum einnehmen. Vor allem der Gewinn dieser Arbeit für die Allgemeinheit und die Geldgeber ist dabei gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik stärker herauszustreichen.“

Das, so habe ich es am Anfang bereits betont, ist nicht falsch. Aber es ist nur die halbe Wahrheit. Ziel muss es sein, für jede Beratungsstelle in jedem Kreis und jeder Kommune die finanzielle Basis sicher zu stellen. Einen eigenständigen Vertrag zu schließen, in dem die notwendigen und geforderten Leistungen beschrieben sind, der auskömmlich finanziert ist und in dem Regeln für notwendige Anpassungen bereits vereinbart sind. Es gibt eine ganze Reihe von Leistungsverträgen. Aber es steht im Wesentlichen darin, was zu leisten ist und nicht, wie mit Aufgabenzuwächsen und Tarifsteigerungen umgegangen werden soll. Noch deutlicher: Wer genau die öffentliche Leistung bezahlt. Bei der Vertragsentwicklung geht es auch darum, sehr genau hinzuschauen, damit nicht ein Leistungsträger andere subventioniert und der Träger froh ist, dass es „unter dem Strich“ wieder stimmt. Solche auskömmlichen Verträge müssen doch das Ziel sein, wenn die DHS einen Aktionstag Suchtberatung anregt und gemeinsam mit den Beratungsstellen vor Ort durchführt.

Wir müssen uns aber beeilen, denn sonst sind wir aufgrund von vielerlei und unterschiedlichsten Anforderungen so eingespannt, dass wir nicht mehr kampagnenfähig sind und dann ist das Ende der Arbeit absehbar.

Zum Schluss

Alles hat seine Zeit

In Nordrhein-Westfalen wechselt der Vorsitz in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege regelmäßig. Aktuell ist der Geschäftsführer des Paritätischen, Christian Woltering, der Vorsitzende. (Nur nebenbei: Sein Vater war in gleicher Funktion in Hessen beim Paritätischen tätig.) Christian Woltering schloss einen Brandbrief zur Finanzierung der Angebote Freier Träger in NRW in der letzten Woche mit dem Satz: „Der traurige Alltag einer Mangelverwaltung geht in ein leises Sterben über.“

Reden wir nicht vom Sterben. Tun wir etwas dagegen. Was das auch sein könnte, habe ich versucht, Ihnen darzulegen.

Noch ein Tipp dazu: Was ist mit der Steuer?

Ich möchte mit einem einfachen Tipp schließen. Die Krankenkassen haben es begriffen. Sie regen an, ihnen die Erträge aus Verbrauchssteuern für alkoholische Getränke und für Zigaretten zu überweisen, um damit einen Teil der durch Suchtmittel begründeten Krankheitskosten finanzieren zu können.

Das haben sie mit viel zu wenig Nachdruck gefordert. Aber durch eine Erhöhung der Steuern auf Bier würde Hessen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Der Verbrauch würde gesenkt und die Leistungen der Suchthilfe wären besser finanzierbar. (Allein was die Hauptverwaltung von Radeberger in Frankfurt zahlen müsste, denn Biersteuern sind Landessteuern.)

Die Steuern auf Wein sind auf Null gesetzt. Das ist schon lange nicht mehr richtig, aber die zuständigen Ministerien fordern es, weil sie sonst nicht wissen, wie sie die Weinseen ausschöpfen sollen. Trauen Sie sich, auch hier Veränderungen zugunsten von Gesundheit und sozialem Wohlbefinden einzufordern.

Ich wünsche Ihnen in Ihrer Arbeit, an den unterschiedlichen Plätzen und mit den unterschiedlichsten Aufgaben, ein glückliches Händchen, nein, eine glückliche Hand.

Anschrift des Verfassers:

Rolf Hüllinghorst
Loheide 29 b
33609 Bielefeld
0521 81535
0172 2743213